

Die Demokratie wird sich behaupten

Erklärung des Regierungspräsidenten gegen politischen Radikalismus

Bielstein, 15. Juni. Die Sozialistische Reichspartei der Remer, Dorls und Genossen, eine nur schlecht getarnte Neuauflage der NSDAP, hat sich den Oberbergischen Kreis dazu auserkoren, ihn zu einer starken Basis ihrer Organisation auszubauen. Seit Wochen hetzte daher

ein Redner der SRP,

Dr. Kniggendorf, in Wahlversammlungen in der Art gegen Demokratie und friedlichen Staatsaufbau. Er erhielt inzwischen zwar Redeverbot, aber die SRP führt unter der Führung von Dr. Dorls den Wahlkampf unentwegt weiter mit Verleumdungen, Geschichtsfälschungen und nationalistischen Phrasen.

Diese Situation war der Anlaß zu einer Sitzung sämtlicher politischer Repräsentanten des Oberbergischen Kreises und der leitenden Kommunalbeamten in Bielstein. Nachdem Landrat Dr. Dresbach (MdB) einleitend dargelegt hatte, daß die SRP bei ihrem Stimmenfang genau dieselbe Methode anwendet, mit der 1933 die Nazis „auf legalem Wege“ an die Macht gelangten, kennzeichnete er diese Zusammenkunft von Vertretern aller demokratischen Parteien wenige Tage vor den Wahlen als gutes Zeichen für die wachsende Erkenntnis einer allen drohenden Gefahr und nannte sie die

Stunde der demokratischen Besinnung,

Anschließend gab Regierungspräsident Dr. Warsch mit Wissen und Billigung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen eine Erklärung ab, die einmal der Bevölkerung die Stellung der Regierung zu den Vorgängen der letzten Wochen klarmachen, zum andern eine ernste Warnung an alle sein sollte, die es angehe. Er sagte unter anderem:

„Die verantwortungslosen Demagogen,

die durch das Oberbergische Land ziehen, würden sich einer argen Selbsttäuschung hingeben, wenn sie etwa glauben sollten, ihre schamlose Verhetzung, ihre infamen Verdächtigungen und Verächtlichmachungen der Männer des heutigen Staates und der heutigen Parlamente in der gleichen Methode und Tonart, wie sie es vor 1933 praktiziert haben, auch heute wieder ungestraft durchführen zu können. Diese Leute und ihre Hintermänner und Drahtzieher, die wir genau kennen, die den totalen Zusammenbruch, das Chaos und das grauenvolle Elend unseres Volkes

direkt oder indirekt verschuldet haben,

diejenigen, die infolge ihre dilettantenhaften und geradezu irrsinnigen und verbrecherischen Politik das größte Unglück aller Zeiten in unser Volk getragen haben, haben kein Recht, die Männer und Frauen, die sich seit 1945 pausenlos um die Aufrichtung einer neuen und besseren Ordnung der Freiheit, der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs bemühen, in hämischer und hetzerischer Weise zu kritisieren und zu diffamieren. Ich halte die Bevölkerung des Oberbergischen Landes für viel zu verständig, um nicht zu wissen, daß es viel,

viel leichter ist, zu zerstören

und niederzureißen, als aus einem Chaos und einer grenzenlosen Verarmung heraus mühsam Schritt für Schritt Staat, Wirtschaft und Verwaltung wieder aufzubauen."

Der Regierungspräsident bezeichnete es als

Pflicht der Beamten und behördlichen Angestellten

sowie der Lehrerschaft, jederzeit ein offenes Bekenntnis abzulegen für den demokratischen Staat, wann und wo auch immer es sein möge.

Diese eindeutige staatsreue Haltung ist vor allen Dingen die besondere Pflicht der Polizei. Er, Dr. Warsch, werde sich unnachsichtlich für die Untersuchung, und wenn nötig,

Ahndung jeglicher Treulosigkeit

gegenüber dem Staat einsetzen, wo ihm eine solche benannt werde.

Oberbergische Rundschau vom 16. Juni 1950

(Rechtschreibung wie im Original, Satz dem Original nachempfunden)